

ZWEITE KONFERENZ PARLAMENT UND WISSENSCHAFT

Gemeinsam veranstaltet vom Europarat und der
Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
(O.E.C.D.)
Wien, 23. bis 27. Mai 1964



COE026699

ERGEBNISSE

1. Die Zweite Parlamentarisch-Wissenschaftliche Konferenz, die vom 23. - 27. Mai 1964 in Wien abgehalten wurde, führte Parlamentarier und Wissenschaftler aus Mitgliedsstaaten der O.E.C.D. und des Europarates zusammen. Sie erörterten Probleme ihrer wechselseitigen Beziehungen in einer Welt, die von dem raschen Fortschreiten der Wissenschaft und der Technik beherrscht wird. Dieser Fortschritt greift nicht nur in die Gestaltung der demokratischen Regierungsformen, sondern auch in das tägliche Leben aller Völker entscheidend ein.
2. Die Konferenz beschäftigte sich mit dem Einführungsbericht "Wissenschaft und Parlament" von Kenneth Lindsay und hörte die Vorträge des Präsidenten der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Professor Dr. Gerhard Hess, über "Wissenschaft und Gesellschaft", des Wissenschaftsministers des Vereinigten Königreiches, Quentin Hogg, über "Gegenwärtiger und voraussehbarer Einfluss der Wissenschaft auf das politische Leben", des französischen Ministers für wissenschaftliche Forschung, Gaston Palewski, über "Politik der wissenschaftlichen Forschung in der Welt von heute" und des österreichischen Nationalrates Karl Czernetz über "Die gemeinsamen Aufgaben von Parlamentariern und Wissenschaftlern bei der Durchführung der Wissenschaftspolitik".
3. Die Versammelten bekräftigten ihre Überzeugung, dass eine engere Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftlern und Parlamentariern notwendig ist ; dies nicht nur, um eine nationale und

internationale Politik zur Förderung der Wissenschaft festzulegen, welche die unabdingbare Freiheit der Forschung gewährleistet, sondern auch, um die bewusste Einbeziehung der Wissenschaft bei der Gestaltung der nationalen Politik nach parlamentarischen Regeln zu ermöglichen.

4. Die Diskussionen führten zu drei Schlussfolgerungen :

- a) Jeder Staat soll einen Minister haben, der ausschliesslich (gegebenenfalls unter Hinzunahme anderer Aufgaben) für die Förderung und Koordination der Wissenschaftspolitik unter allen Aspekten zuständig ist ;
- b) Zwischen Wissenschaftlern und Parlamentariern soll mit allen geeigneten Mitteln und mit aller Dringlichkeit eine erhöhte Zusammenarbeit angestrebt werden ;
- c) Die Methoden zur Erreichung einer solchen Zusammenarbeit können verschiedener Art sein und sind Angelegenheit der einzelnen Staaten.

5. Im Verlaufe der eingehenden Debatte wurden folgende Ansichten zum Ausdruck gebracht :

(i) Wissenschaft und Parlament müssen in engere Verbindung gebracht werden. Zu diesem Zweck sollten die Mitglieder der Parlamente möglichst regelmässig über die Fortschritte auf den Gebieten der Forschung und Entwicklung sowie der Ausbildung und über die internationalen Erkenntnisse, soweit sie für die Wissenschaftspolitik von Bedeutung sind, unterrichtet werden.

(ii) Die Erfahrungen seit der Ersten Konferenz Wissenschaft und Parlament haben bestätigt, dass die Schaffung gemeinsamer unabhängiger Gesprächskreise von Parlamentariern und Wissenschaftlern ein wertvoller erster Schritt zur Förderung einer engeren Zusammenarbeit ist. Die Staaten, in denen derartige Gesprächskreise noch nicht bestehen, sollten ihre Gründung erwägen.

(iii) Als weiterer Schritt wird manchem Staat die Einsetzung eines eigenen Parlamentsausschusses für Wissenschaftsfragen wünschenswert erscheinen, dessen Form von Land zu Land verschieden sein kann. Im vorparlamentarischen Raum zeigen die politischen Parteien ein immer grösseres Interesse an wissenschaftlichen Problemen.

(iv) Die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wissenschaft soll gefördert, jedoch bevorzugt auf solche Objekte gerichtet werden, deren Behandlung auf internationaler Ebene vorteilhafter ist. Die nationalen Parlamente müssen in den Stand

gesetzt werden, die Tragweite internationaler Zusammenarbeit oder von Projekten im internationalen Rahmen besser zu beurteilen, nicht zuletzt im Hinblick auf die zunehmende Beanspruchung der nationalen Haushalte durch derartige Tätigkeiten.

(v) In Anbetracht der Bedeutung, die der Wissenschaftspolitik auf internationaler Ebene zukommt, sollten die Methoden zu ihrer Behandlung durch internationale parlamentarische Organe verbessert werden.

(vi) Weil die Probleme, die mit der Gestaltung der Wissenschaftspolitik verbunden sind, bisher noch nicht genügend untersucht wurden, empfiehlt die Konferenz Studien darüber sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene.

(vii) Die aufgeworfenen Probleme sollen - national wie international - auch durch kleine Gruppen von Parlamentariern und Wissenschaftlern weiterbehandelt werden.

(viii) Die Dynamik der Wissenschaftspolitik macht ihre Unterstützung durch eine gut informierte öffentliche Meinung erforderlich. Die Konferenz brachte den Wunsch zum Ausdruck, dass Presse und andere Massenmedien sich mehr mit diesem Gegenstand beschäftigen - eine Aufgabe ebenso sehr für Publizisten wie für Wissenschaftler.

Wien, den 27. Mai 1964